

## NACHRICHTEN

## INDONESIEN



### Studentenunruhen in Ujung Pandang und Jakarta

Am ersten Novemberwochenende berichtete die Nachrichtenagentur Reuter von mindestens zwei Toten und 13 Verletzten bei Zusammenstößen zwischen Polizei und demonstrierenden Studenten in Ujung Pandang, der Hauptstadt von Süd-Sulawesi. Zwei Wochen später kam es wieder zu Demonstrationen: Diesmal waren es ca. 100 Studenten aus Bandung, die vor dem Parlamentsgebäude in Jakarta gegen die Übergriffe der Sicherheitsorgane in Sulawesi protestierten und in einer Petition an die Volksvertretung eine Untersuchung des Vorfalls verlangten. Sie sprachen von 9 Toten in Ujung Pandang.

Was war vorgefallen? Entsprechend eines Regierungserlasses vom letzten Jahr wurde in Indonesien die allgemeine Helmpflicht für Motorradfahrer stufenweise eingeführt. Süd-Sulawesi war erst im Herbst dieses Jahres an die Reihe gekommen.

Die Unruhen flammten auf, als Polizisten hunderte von Motorradfahrern ohne Helm anhielten und ihre Fahrzeuge beschlagnahmten, die nur gegen eine Gebühr von 3-15 DM wieder ausgelöst werden konnten. Daraufhin begannen Demonstrationen an vier Universitäten; tausende von Studenten attackierten die Polizei, verbrannten Helme und legten Feuer an mehrere Ge-

schäfte, die das notwendige Motorrad-Requisit verkaufen. Die Schießereien brachen aus, nachdem die Polizei bewaffnete Armeeinheiten zur Unterstützung geholt hatte.

Es sei schwer zu beurteilen, so die FEER vom 3.12., ob hinter den Demonstrationen noch etwas anderes stecke als der spontane Protest gegen die Helmpflicht. Offensichtlich entspränge die Abneigung gegen diese Kopfbedeckung vorwiegend ökonomischen Gründen. Zwischen 10 und 50 DM liegen die Preise für die Helme. Ein Student berichtete der Zeitung "Merdeka": "Die wirtschaftliche Situation wird immer schlechter. Schul- und Universitätsgebühren steigen. Wie kann uns da die Regierung mit so etwas Lächerlichem belästigen, wie der Einführung der Helmpflicht?"

Studentenunruhen sind seit dem generellen Verbot politischer Aktivitäten auf dem Campus von 1978 in Indonesien zur Seltenheit geworden. Für die Behörden in Süd-Sulawesi war es deshalb besonders überraschend, daß die Proteste offensichtlich wohl organisiert, an drei Universitäten gleichzeitig ausbrechen konnten.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse in Ujung Pandang wieder normalisiert – und weiterhin trägt nur ein kleiner Teil der Motorradfahrer den vorgeschriebenen Helm.

vgl. Reuter v. 2.11.1987, FEER v. 3.12.87, S.50

### Ernst Utrecht verstorben

Am Freitag, den 4. September 1987 ist Ernst Utrecht verstorben. Utrecht, Professor für Rechts- und Politikwissenschaften, setzte sich zeitlebens für Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte in Indonesien ein.

Er war unter Sukarno Mitglied der PNI, als deren Abgeordneter er im Volkskongreß saß; zeitweilig gehörte er der PDA an. Außerdem war er ein enger Mitarbeiter der SOBSI, er vertrat die Gewerkschaftsorganisation vor Gericht.

Nach dem Regierungswechsel wurde er wegen seiner politischen Überzeugungen (er stand der PKI nahe) und seinen Aktivitäten verhaftet.

Nach Monaten wieder frei, wirkte er an verschiedenen asiatischen Universitäten außerhalb Indonesiens und war gleichzeitig aktives Mitglied der Perhimpunan Indonesia (PI).

1969 in den Niederlanden angekommen, arbeitete er, neben seiner Tätigkeit im akademischen Bereich, im Komitee Indonesie mit.

Im Gegensatz zu vielen anderen indonesischen Exilanten tat er dies nicht anonym, sondern ließ keinerlei Zweifel an seiner Haltung gegenüber dem Ordre Baru-Regime. Dieser entscheidende Einsatz hatte durchaus Folgen für seine wissenschaftliche Tätigkeit auch außerhalb Indonesiens: so zog Malaysia auf

Drängen Indonesiens einen Lehrauftrag für Ernst Utrecht zurück; in Indien stieß die indonesische Regierung mit einem ähnlichen Ansinnen allerdings auf taube Ohren.

Trotz seines sich verschlechternden Gesundheitszustandes war Ernst Utrecht bis zum letzten Tag aktiv und voller Pläne.

vgl. Indonesia Feiten En Meningen No.4; November 1987. Nachrufe von Suparna und W.F. Wertheim

### Ernteausfälle und brennende Wälder

5 Jahre nach dem "Großen Feuer von Borneo", dessen katastrophale Folgen die indonesische Regierung über Monate verschwiegen, brannte der Wald wieder – in fast 40 Gebieten auf mehreren Inseln.

Diesmal konnten die indonesischen Offiziellen nicht so zurückhaltend in ihrer Nachrichtenpolitik sein; denn die Feuer verwüsteten auch Transmigrantendörfer und Plantagen. In Kalimantan sind alle Provinzen betroffen, in Zentral- und Ost-Kalimantan allein zigtausende Hektar Wald verwüstet. Der Reisanbau mußte verschoben werden, so daß die Nahrungsmittelversorgung bereits gefährdet ist. 650 ha Gummipflanzungen verbrannten im Osten der Insel, 350 ha Palmölplantagen in Süd-Kalimantan.

Nach Sumatra hinüber wehte es die heiße Luft und Ruß. Auch hier sind bereits über 7000 ha

## INDONESIEN

## NACHRICHTEN



aus: EPN 11/87

Wald- und hunderte von Hektar Plantagenland verwüstet.

Auch in den östlichen Teilen Indonesiens müssen wegen der lang andauernden Trockenheit, von der übrigens große Teile des südlichen und südöstlichen Asiens betroffen sind, ernsthafte Nahrungsmittelknappheit und Hungersnöte befürchtet werden. Von Ost-Timor wurden ebenfalls Brände gemeldet, und in Lombok sind wegen ausbleibender Regenfälle bereits 50% der landwirtschaftlichen Nutzfläche unbrauchbar.

Auch die Hauptinsel Java muß dürrebedingte Ernteaussfälle hinnehmen – beim Reis und beim Zucker. In West-Java fiel der Wasserspiegel um 5 bis 10 Meter, im Osten der Insel verweigerten mehrere Dämme aufgrund des niedrigeren Wasserpegels ihren Dienst.

Offiziell zugegeben wurde die Verwüstung von 50.000 ha Reis-anbaufläche und 35.000 ha anderer Produkte. Zuckerimporte seien notwendig, so heißt es aus Jakarta, aber die Reisversorgung sei noch gewährleistet.

Die Regierung habe sich gegenüber Dürre und Waldbränden so hilflos wie fünf Jahre zuvor gezeigt, heißt es aus einem indonesischen Menschenrechtsinstitut. In Kalimantan versuchte man das Feuer mit Wasserbomben zu bekämpfen, was aufgrund der Wasserknappheit aber schnell wieder aufgegeben werden mußte. Bereits im August machte man sich in der "Nationalen Forschungs- und Energiebehörde" in Jakarta darüber Gedanken, wie durch "Wolkenimpfung" künstlicher Regen produziert werden könne.

Wie im Jahr 1982 hatte die Regierung jedoch schnell die Schuldigen für die "Naturkatastrophe" bei der Hand. Der erste heißt "El Nino" und ist in der Tat ein Naturereignis. "El Nino" bringt Westwinde und ungewöhnlich trockene Luft in die pazifische Region – wie auch 1982. Als zweiter Sündenbock müssen – wie gehabt – die Wanderfeldbauern herhalten, die zur Landgewinnung kleine Waldflächen in Brand stecken. "El Nino" und den Wanderfeldbauern gibt es jedoch seit Jahrhunderten, Waldbrände dieses Ausmaßes nicht. Die wahren Schuldigen haben eher die Bewohner aus einem Distrikt in der Provinz Aceh angesprochen, die aus Wut über die Brände die Baracken von Holzfällern in Brand steckten.

In der deutschen Öffentlichkeit fanden diese Ereignisse im südwestpazifischen Raum keinerlei Presse – sieht man einmal von der Wiedergabe indonesischer Presseberichte in "südostasien aktuell" ab. Der Verlust der Regenwälder wirkt sich jedoch nicht nur regional, sondern auch auf das gesamte Weltklima aus.

vgl. AW vom 27.9.87, S. 49ff; Tempo vom 10.10.87, S.48; IFM Nr. 4/87, S.5f.; SOAA, Sept. 1987, S. 423; Third World Network Features 183/87; Entwicklung und ländlicher Raum, Nr. 6/87, S.29

### Irian Jaya: Zerstörung einer Kultur

1971 schrieb Robert Mitton, ein australischer Photograph und Anthropologe, der lange Jahre in Irian Jaya lebte, über das Grand Valley der Dani, "the only

place in the world where man has improved on nature" (Robert Mitton, *The Lost World of Irian Jaya*, 1983, Oxford University Press, S.52).

Später schrieb er über die mangelnde Sensibilität der Indonesier gegenüber der Umwelt und ihrer Schönheit und ihren eingeborenen Kulturen. 16 Jahre später besucht wieder ein Journalist die gleiche Region und beschreibt die Entwicklung, die sich in diesem Zeitraum vollzogen hat. Die traditionellen Gartenbau- und Jagdgebiete wurden nach und nach von der Regierung aufgekauft. Die Dani wurden gezwungen, ihre traditionellen Häuser zu verlassen und in Modellsiedlungen in 2-Zimmer-Häuser zu ziehen, in denen sie kein Feuer machen dürfen.

Sie werden dazu gezwungen, Kleidung anstelle ihrer herkömmlichen Penis-Kalebassen zu tragen. Der Druck Kleidung zu benutzen, wächst, und bringt eine Reihe gesundheitlicher Probleme mit sich.

Die Dani waschen sich traditionell nicht, sondern reinigen ihre Haut im Regen. Dies bedeutet, daß sie nun vielfach in feuchter und verschmutzter Kleidung leben, sodaß die Zahl der Haut- und Lungen-Infektionen ansteigt. Für die Javaner in Irian Jaya sind die Penis-Hüllen ein Zeichen von Rückständigkeit. Während der letzten Wahlkampagne wurden daher GOLKAR-T-shirts mit dem Argument "Symbol des Fortschritts" verteilt. Die Bekleidungsfrage steht für die Behörden offensichtlich gleich hinter dem Bemühen, Stimmen zu kasieren.

vgl. Tapol Bulletin No. 83, Okt. 1987

### Landrechtskonflikte in Kedung Ombo

Die Landrechtskonflikte in den Distrikten Grobogan, Boyolali und Sragen in Zentral-Java, die durch das Staudamm-Vorhaben Kedung Ombo entstanden sind, verschärfen sich weiter.

Wie gehabt, weigern sich die Behörden, adäquate Entschädigungen zu zahlen. Die Angebote liegen zwischen 325 und 700 Rp. pro Quadratmeter und damit deutlich unter 1 DM (1000 Rp. = 1 DM). Die Bauern betrachten dagegen 12.000 Rp. als angemessen und versuchen ihre Interessen mit Hilfe der Rechtshilfeorganisation LBH in Yogyakarta und Jakarta durchzusetzen.

Wie schon berichtet (vgl. letzte Ausgabe der SOA-Informationen), wurden die protestierenden Bauern dadurch bestraft, daß man sie zu sogenannten Ex-Tapols machte und damit als Personen stigmatisierte, die angeblich in die Ereignisse um den 65er Putsch verwickelt waren.

Der Konflikt wurde inzwischen von der Administration zu einer nationalen Angelegenheit erklärt, wobei ihre Vertreter fortfahren, die Bauern und ihre Rechtsberater zu diskreditieren. So wurde behauptet, daß die Bauern die Forderung nach 12.000 Rp. pro Quadratmeter nicht von sich aus gestellt hätten, sondern von einem Anwalt, genannt "SJ", dazu aufgestachelt worden seien. Die Bauern wandten sich mittlerweile auch an die Presse. So berichtet Suara Pemanbaruan (24.Juli) über die Klagen der Bauern, die von den Behörden massiv unter Druck gesetzt und regelrecht terrorisiert werden. Der Druck ist mittlerweile so stark, daß viele Bauern abgewandert sind und sich entweder in den Wäldern versteckt halten oder versuchen, sich in Solo eine neue Existenz aufzubauen.

Die Behörden negieren das Ausmaß der Proteste und behaupten, daß lediglich 9 Bauern die Entschädigungen nicht akzeptieren. Tatsächlich handelt es sich um 173 Betroffene, die von den 9 angesprochenen Personen repräsentiert werden. Die einzigen Personen, die Entschädigungen akzeptiert haben, sind Landlose, die ihre Häuser aufgegeben haben.

Außerdem haben sich die Behördenvertreter offensichtlich an den bisher getätigten Landan- und verkaufaktionen bereichert.

vgl. Tapol Bulletin No. 83, Okt. 1987